

Armee Es ist in Ordnung, wenn Frauen Wehrdienst leisten müssen. Aber auch anderswo braucht es mehr Zwang. *Von Salome Müller*

Gleichberechtigung ist Pflicht

Gehen wir einmal davon aus, dass es die Armee in Zukunft tatsächlich noch braucht und es darum notwendig ist, ihren Bestand zu sichern. Dann macht es Sinn, die Ausweitung der Dienstpflicht auf die Frauen in der Schweiz wenigstens zu prüfen - genau das will der Bundesrat, wie er diese Woche bekannt gab.

Eigentlich ist es ja einfach: Schweizer Bürger kennen eine Pflicht, die Schweizer Bürgerinnen nicht kennen. Also ist es gerechtfertigt, diese Pflicht auch den Frauen aufzuerlegen. Das nicht zu tun, diskriminiert die Männer, weil sie per Verfassung einem Zwang unterstellt sind, der für sie nur aufgrund ihres Geschlechts gilt. Und es diskriminiert die Frauen, weil man sie, wiederum wegen des Geschlechts, davon ausnimmt. Die Verfassung, immerhin, bildet die Basis dafür, wie das Zusammenleben in unserer Gesellschaft funktionieren soll.

«Eine Dienstpflicht für Frauen ist ein konsequenter Schritt in Richtung Gleichberechtigung», sagte denn auch Stefan Holenstein, der Präsident der Offiziersgesellschaft, in einem Interview auf 20min.ch.

Gleichberechtigung: Plötzlich reden auch Leute davon, die bis anhin wenig damit zu tun hatten. So scheint es zumindest, wenn man die Debatte rund um die Dienstpflicht für Frauen verfolgt. Eine Feministin könne ja nicht wirklich dagegen sein, heisst es etwa - und das klingt wie der Triumph darüber, jemanden mit seinen eigenen Mitteln geschlagen zu haben.

Frauen verbessern die Armee

Nur stimmt das nicht ganz. Wie es das Wort «Dienstpflicht» schon sagt, geht es zuallererst um gleiche Pflicht und nicht, wie man mit «Gleichberechtigung» suggeriert, um gleiches Recht. Kommt hinzu, dass vor allem der Nutzen der allgemeinen Wehrpflicht im Fokus steht: Mit der Rekrutierung von Frauen liesse sich praktischerweise das Problem der «Soldatenknappheit»

lösen, wie auch Stefan Holenstein sagte.

Sicher würden auch gewisse Bereiche der Armee, in denen es an qualifiziertem Personal mangelt, profitieren: Es gäbe mehr Ärztinnen und Ärzte, mehr Informatikerinnen und Informatiker. Ähnlich wie in Norwegen, wo seit 2015 die Wehrpflicht für Männer und Frauen gilt

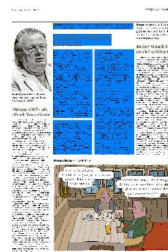
und die Armee dank einer grösseren Auswahl die besten Leute rekrutieren kann.

Es geht aber nicht um den Nutzen. Wenn die Schweiz wirklich konsequent in Richtung Gleichberechtigung gehen will, muss sie bei den Rechten ansetzen und diese zu Pflichten erheben. Nehmen wir das Recht auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit: Obwohl dieses Prinzip seit 1981 in der Verfassung verankert ist, verdienen Frauen noch immer weniger als Männer - durchschnittlich sind es 678 Franken im Monat. Diese Differenz lässt sich nur mit dem unterschiedlichen Geschlecht erklären. Trotzdem gibt es keine Behörde, die diese Diskrepanz mit Bussen bekämpft. Ganz anders verhält es sich beim Wehrdienst: Wer keinen leistet, muss zahlen.

Es wird sich nicht selbst richten

Als Bundesrätin Simonetta Sommaruga vergangenes Jahr deshalb verkündete, dass Unternehmen regelmässig Lohnanalysen durchführen sollen, war der Widerstand gross. Die Gegner sprachen von Zwang, obwohl den Unternehmen nicht mal Bussen drohen, wenn die Lohnanalysen Differenzen ausweisen.

Dasselbe geschah, als Sommaruga, ebenfalls im vergangenen Jahr, eine Quote für das oberste Kader vorstellte: Diese sieht für die Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen 30 respektive 20 Prozent Frauen vor. Erreichen Unternehmen dieses Ziel innert einer bestimmten Frist nicht, drohen ihnen aber keine Sanktionen. Sie müssen lediglich Gründe angeben und Verbesserungsvorschläge machen. Trotzdem sprachen die Gegner



wieder von unnötigem Zwang und appellierten an die Freiwilligkeit der Firmen, an die Autonomie der Wirtschaft. Das werde sich schon selbst richten, hiess es, es brauche einfach Zeit.

Nun könnte man das bei der Armee auch so halten: Man solle nur ein bisschen zuwarten, die Frauen würden sich dann schon von allein fürs Militär interessieren - auch wenn sie bisher weniger als ein Prozent des Armeebestandes ausmachen.

Offenbar aber gibt es keinen anderen Weg, die Armee zu retten, als durch Zwang. Darum gilt der Umkehrschluss: Wahre Gleichberechtigung kann nur erreicht werden, wenn man sie erzwingt.